



Liberalisierung des Agrarhandels zwischen der EU und Tunesien

Analyse der Handelsbeziehungen und Empfehlungen
für ein zukünftiges Handelsabkommen

Herausgegeben von:

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 36 + 40
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 44 60-0
F +49 228 4460-17 66

E info@giz.de
I www.giz.de

Bezeichnung Programm:
Sektorvorhaben Agrarhandel, Agrarwirtschaftsförderung, Agrarfinanzierung
<https://www.giz.de/de/weltweit/79509.html>

Autor:
Dieser Policy Brief basiert auf Forschungsergebnissen von Dr. Bettina Rudloff (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP) sowie des SV Agrarhandel, Agrarwirtschaftsförderung, Agrarfinanzierung, GIZ

Verantwortlich:
Heike Höffler, GIZ SV Agrarhandel, Agrarwirtschaftsförderung, Agrarfinanzierung;
agritrade@giz.de

Redaktion:
Kristina Mensah, GIZ

Design:
DIAMOND media, Neunkirchen-Seelscheid

Fotos:
[shutterstock.com](https://www.shutterstock.com); [adobe.stock.com](https://www.adobe.com/stock)

URL-Verweise:
Für Inhalte externer Seiten, auf die hier verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter verantwortlich. Die GIZ distanziert sich ausdrücklich von diesen Inhalten.

Im Auftrag des
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Referat 121: Internationale Agrarpolitik, Landwirtschaft, Innovation
Internationale Entwicklungspolitik, Lisa Kirfel-Rühle

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

November 2019

Über die Policy Brief Reihe:
Die Policy Brief Reihe des Sektorvorhabens Agrarhandel, Agrarwirtschaftsförderung, Agrarfinanzierung fasst im Auftrag des BMZ die Ergebnisse zentraler Arbeitspapiere zusammen für die Kommunikation und Diskussion mit der interessierten Fachöffentlichkeit.

Liberalisierung des Agrarhandels zwischen der EU und Tunesien

Analyse der Handelsbeziehungen und Empfehlungen für ein zukünftiges Handelsabkommen

Seit 2015 verhandeln Tunesien und die EU eine Erneuerung ihrer bestehenden Handelsvereinbarungen; dem Assoziierungsabkommen von 1998. Dieses beinhaltet den beidseitigen Marktzugang, ist allerdings auf den Industriesektor beschränkt. Ein neues, tiefes und umfassendes Abkommen (*Deep and Comprehensive Free Trade Agreement, DCFTA*) soll nun neben dem Agrarsektor auch neue Bereiche, wie Investitionen und Dienstleistungen liberalisieren. Zudem will es über die Zölle hinaus auch Standards zwischen der EU und Tunesien abbauen und harmonisieren. Seit Verhandlungsbeginn im Jahr 2015 gibt es auf tunesischer Seite von nahezu allen Akteuren jedoch große Widerstände gegen das Abkommen.

Dieser Policy Brief gibt einen Überblick über die Agrarhandelsbeziehungen zwischen Tunesien und der EU. Darüber hinausgehende mögliche Empfehlungen, wie die Widerstände der Verhandlungen zu überwinden oder jenseits eines Abkommen den für Tunesien strategisch wichtigen Agrarsektor zu unterstützen wären, werden erläutert.



1. Hintergrund: Tunesischer Agrarsektor und Handelsströme

Der ländliche Raum spielt in Tunesien wirtschaftlich, sozial und ökologisch eine herausragende Rolle. Ungefähr ein Drittel der tunesischen Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten, etwa 15 Prozent der Menschen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Agrarsektor wirkt zudem in wirtschaftlichen Krisensituationen stabilisierend, da er nicht

nur die Versorgung mit Nahrungsmitteln sichert, sondern für ökonomische Einbrüche weniger anfällig ist als andere Sektoren.

Etwa 15 Prozent der tunesischen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt

Mit aktuell rund 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) trägt der Agrarsektor ganz entscheidend zur Wirtschaftsleistung in Tunesien bei – und damit

mehr als der Tourismussektor. Erzielt wird diese Leistung vor allem in der Produktion und nicht in der nachgelagerten Verarbeitung. Ein Problem ist die Überalterung in der Landwirtschaft; mehr als 40 Prozent der Landwirtinnen und Landwirte sind über 60 Jahren. Gleichzeitig ist der Agrarsektor für Jugendliche und junge Erwachsene ein besonders wichtiger Bereich des Arbeitsmarktes. Knapp 22 Prozent der Ar-

beitsplätze auf dem Land sind in der Landwirtschaft, meist allerdings informell, also ohne rechtliche Sicherheiten. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen im ländlichen Raum arbeiten auf Basis von Tageslohn und hat damit keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

Produktionsstruktur

Die tunesische Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch die vor allem auf den Exportsektor ausgelegte, moderne Großproduktion auf der einen und traditionelle, kleinbäuerliche Familienbetriebe auf der anderen Seite. Tatsächlich ist ein Großteil der Betriebe kleiner als zwei Hektar. Die Infrastruktur ist in manchen Regionen noch ausbaufähig, insbesondere fehlt zur Produktionsverbesserung oftmals die flächendeckende Versorgung mit Elektrizität. Dies erschwert die Nutzung von Kühlketten, die besonders für die tunesischen Exportprodukte Obst und Gemüse wichtig sind. Die ökologische Landwirtschaft bietet in vielen Regionen ein großes Potential um einen stärkeren Beitrag zum Agrarhandel zu leisten, denn als erstes afrikanisches Land nahm Tunesien 2016 Vorschriften für den ökologischen Landbau in die nationale Gesetzgebung auf.

Verbrauchsseite

In Tunesien herrscht eine große politische Sensibilität gegenüber Änderungen im Agrarsektor. Seit 2014 steigt die Zahl der mangel- und untergewichtigen Menschen absolut gesehen wieder gering an. Aber auch Übergewicht und Nahrungsmittelsverschwendung spielen zunehmend eine Rolle. Mit einem durchschnittlichen Ausgabenanteil von fast 30 Prozent stehen Nahrungsmittel an erster Stelle der Ausgaben tunesischer Haushalte – noch vor den Ausgaben für Wohnen, Elektrizität und Wasser. Damit sind die Nahrungsmittelpreise entscheidend für die allgemeine Lebenssituation und deren Anstieg führt oft zu Protesten, was die besondere politische Sensibilität erklärt. Die tunesische Politik reagiert traditionell auf diese Sensibilität, indem sie die Verbraucherpreise für bestimmte Lebensmittel subventioniert und dadurch niedrig hält.

Mit einem durchschnittlichen Ausgabenanteil von fast 30 Prozent stehen Nahrungsmittel an erster Stelle der Ausgaben tunesischer Haushalte.

Tunesischer Agrarhandel

Im Handel mit Agrargütern ist die EU für Tunesien der wichtigste Handelspartner. Tendenziell aber sinkt die Bedeutung der EU zugunsten von afrikanischen und asiatischen, aber auch nordamerikanischen Staaten. Gingen im Jahr 2000 noch 60 Prozent aller tunesischen Agrarexporte nach Europa, waren es 2017 nur noch 44 Prozent (s. Grafik S. 8). Umgekehrt dagegen ist Tunesien für den globalen EU-Agrarhandel kaum relevant – weniger als ein Prozent aller europäischen Agrar-ex- und -importe erfolgen nach und aus Tunesien.

Tunesien importiert aus der EU insbesondere Getreide, vor allem Weizen, Tiernahrung und pflanzliche Öle und exportiert vor allem Olivenöl, (rund 60 Prozent aller europäischen Olivenölimporte stammen aus Tunesien), Zitrusfrüchte und Datteln.

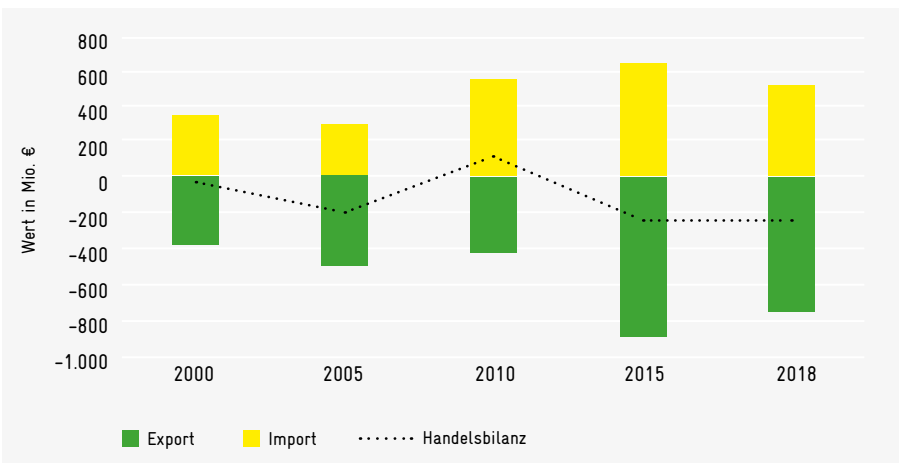


Auch der Export von Biolebensmitteln steigt in der Bedeutung für Tunesien. Nach Tansania ist Tunesien der zweitgrößte afrikanische Exporteur von Bio-Agrarprodukten, weltweit rangiert es auf Platz 24. Die fast 3.000 tunesischen Ökolandbaubetriebe arbeiten vor allem für den Export. Hauptprodukte sind Olivenöl, Datteln, Mandeln, Orangen, getrocknete Früchte, Gewürze sowie Honig. Bezogen auf die Ausfuhren in die EU liegt der Anteil zertifizierter Bio-Agrarexporte bei immerhin 13 Prozent von den gesamten Agrarexporten im Jahr 2016.

Der regionale Handel in Nordafrika ist im regionalen Vergleich mit einem Anteil von nur zwei Prozent am Gesamthandel am geringsten ausgeprägt. Nahrungsmittel werden dabei besonders wenig intraregional gehandelt. Allerdings ist der informelle Handel laut Internationalem Währungsfonds vor allem in der Grenzregion mit Libyen sehr bedeutend.

Bezogen auf die Ausfuhren in die EU liegt der Anteil zertifizierter Bio-Agrarexporte bei 13 Prozent im Jahr 2016

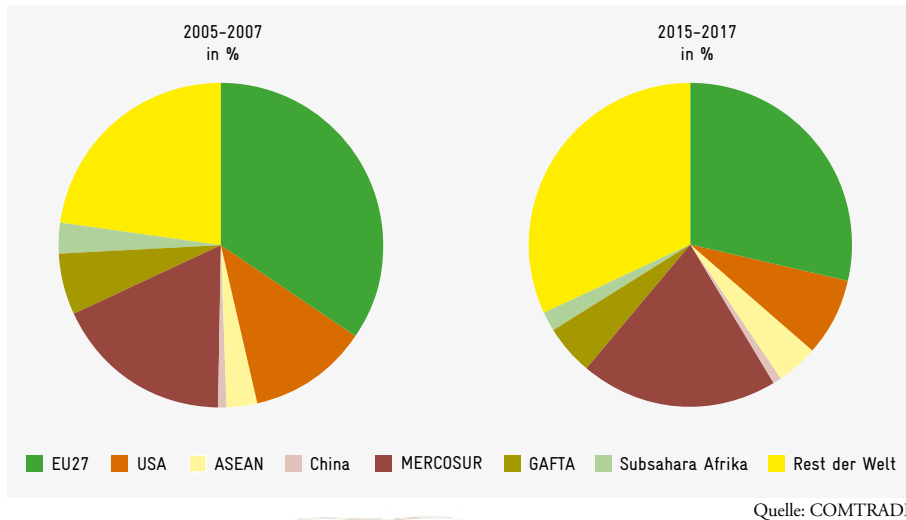
Agrarhandel Tunesiens mit der EU



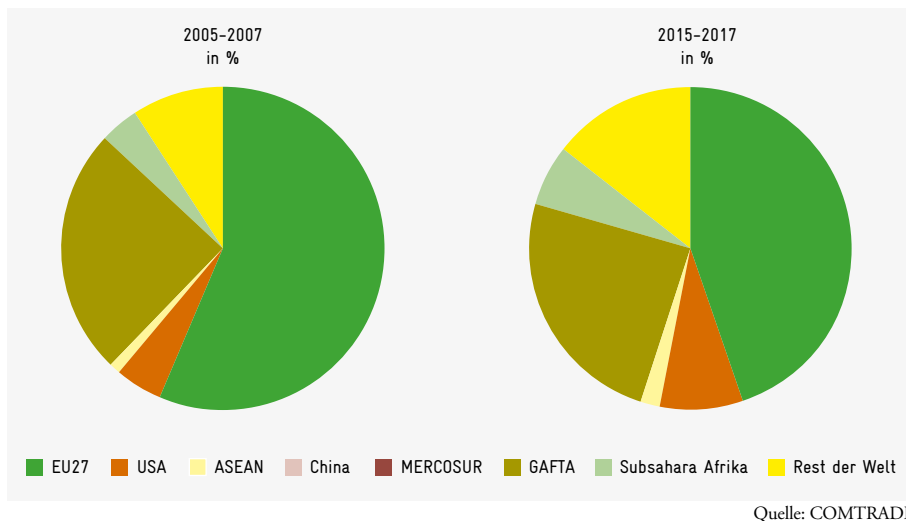
Hinweis: die Handelszahlen umfassen neben Agrargütern auch Fischereiprodukte

Quelle: EUROSTAT

Bedeutung der EU als Handelspartner für Agrarimporte nach Tunesien (in Wert)



Bedeutung der EU als Handelspartner für Agrarexporte aus Tunesien



2. Analyse: Aktuell hohe Abschottung der Landwirtschaft auf beiden Seiten

Tunesien ist mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 3.500 US-Dollar nach der Definition der Weltbank ein low middle income country. Damit hat das Land, anders als andere Entwicklungsländer, keinen generell zollfreien Zugang zur EU im Rahmen des „Everything But Arms“ (EBA)-Regimes. Auch genießt Tunesien keine umfassenden Zollvergünstigungen der EU, wie sie im Allgemeinen Präferenzsystem (APS) gewährt werden.

Seit dem Assoziierungsabkommen von 1998 liegt auf EU-Seite der Zoll für tunesische Agrargüter noch immer bei durchschnittlich fast 12 Prozent gegenüber kompletter Zollfreiheit für andere afrikanische Staaten, die mit der EU Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) verhandelt haben. Umgekehrt belegt Tunesien Agrargüter mit einem Zollsatz von durchschnittlich 32 Prozent, der damit auf dem generellen Zollniveau gegenüber allen Handelspartnern (most-favored nation, MFN-Zoll) liegt. Somit gewährt Tunesien der EU keinen präferenziellen Zollzugang für Agrargüter.

Land	Partner	durchschnittlicher Zollsatz (%)	
		Agrar	Nicht-Agrar
Europäische Union (2017)	durchschnittlich angewendetner allgemeiner Zollsatz	14,1	4,3
	Tunesien	11,8	0
Tunesien (2016)	durchschnittlich angewendetner allgemeiner Zollsatz	32,1	9,6
	EU	32,1	2,1

Quelle: WTO

Hauptmaßnahme der Abschottung auf beiden Seiten sind dabei Zollquoten; das heißt, nur für eine bestimmte Importmenge gilt Zollfreiheit. Aber auch eine Vielzahl an anderen nicht-tarifären Maßnahmen (NTMs) wie z.B. Standards bestehen; ihre Einhaltung erlaubt Marktzugang und kann zudem die Wohlfahrt steigern, wenn sie etwa Umwelt- oder Gesundheitsbelastungen verringern. Instrumente hierfür sind vor allem Lizenzvorgaben, Kennzeichnungsvorschriften und Importkontrollen. Anders als die EU nutzt Tunesien zudem auch Vorschriften für den Export – etwa zur Zulassung von Unternehmen für den Olivenölexport.

Im Ökobereich besteht bereits seit 2009 ein Äquivalenzabkommen mit der EU. Dieses Abkommen besagt, dass die EU tunesische Vorschriften, Institutionen und Kontrollverfahren im Ökolandbau als gleichwertig zu ihren eigenen akzeptiert. Dadurch resultiert ein erhöhter Marktzugang, da umfangreiche individuelle Produktkontrollen bei Ökoprodukten entfallen.

Passend zur Handelspolitik fördert auch die tunesische Agrarpolitik vor allem den Export, insbesondere für Olivenöl. Gleichzeitig schützt sie den heimischen Markt mittels subventionierter Verbraucherpreise, beispielsweise für Brot, Getreide und pflanzliche Öle (außer Olivenöl). Dadurch wird weniger des verhältnismäßig teuren Olivenöls in Tunesien verbraucht und es steht mehr Olivenöl für den Export zur Verfügung. Mit dieser Politik wird traditionell in ganz Nordafrika eine Ernährungssicherung durch eigene Produktion statt durch Importe angestrebt, was auch die kritische Haltung gegenüber Zollsenkungen erklärt.



HANDELSREGIME FÜR OLIVENÖLEXPORTE IN DIE EU

Olivenöl kann auf drei Exportwegen in die EU gelangen: Innerhalb einer Zollquote, jenseits der Zollquote im Rahmen der aktiven Weiterverarbeitung und nicht zuletzt zu Drittlandbestimmungen. Für Bioolivenöl und in Flaschen abgefülltes Öl gibt es keine eigenen Zollregelungen, für sie gelten die genannten Wege gleichermaßen:

(1) ZOLLQUOTE Die EU bietet eine Zollquote mit Zollfreiheit für 56.700 Tonnen pro Jahr für nicht behandeltes Olivenöl an. Wegen der Terroranschläge im Jahr 2015 in Sousse wurde diese für 2016 und 2017 um jeweils 32.000 Tonnen erhöht, um die Verluste aus den einbrechenden Tourismuserträgen abzufedern. Die unter die Zollquote fallenden Mengen können in vermarkteten Flaschen abgefüllt, oder aber in großen Containern ausgeführt werden (bulk). Letzteres macht die Mehrheit aller tunesischer Exporte in die EU aus. Wegen stark schwankender Ernten wird die Quote nicht jedes Jahr erfüllt, im Durchschnitt der letzten fünf Jahre nur zu etwa 30 Prozent.

(2) AKTIVE VEREDELUNG Das bedeutet Zollfreiheit für Exporte, die als Rohstoff durch europäische Unternehmer weitergenutzt werden. Diese Regelung hat das Ziel, europäische Unternehmer durch günstige Vorleistungen zu

unterstützen. Um einen daraus resultierenden Preisdruck auf den EU-Markt zu vermeiden, muss die gleiche Menge des verarbeiteten Endprodukts auf einem Drittmarkt abgesetzt werden. Bei der aktiven Veredelung wird tunesisches Olivenöl als günstige Mengenelemente in Bulkware zu europäischem Öl beigemischt. Unter Kennzeichnung dieser tunesischen Beimischung erfolgt die abschließende Vermarktung im vorliegenden Beispiel jedoch als italienisches Olivenöl. Im Schnitt werden etwa 30 Prozent aller tunesischen Olivenölexporte auf diese Weise in die EU eingeführt, sind aber nicht als tunesisches Olivenöl vermarktet.

Die gesamte, meist konstante, tunesische Exportmenge pro Jahr teilt sich auf die Zugangswege der Zollquote und aktiven Veredelung auf, sodass in Phasen der Überfüllung der Zollquote mehr aktive Veredelung erfolgt und umgekehrt.

(3) DRITTLAND-MFN-ZOLL Jenseits beider Verfahren muss der Drittlandzoll in Höhe von 31 bis 32 Prozent, je nach Qualitätsstufe, gezahlt werden. Diese Option wird aufgrund der aktiven Veredelung, die keiner Limitierung unterliegt, so gut wie nie genutzt.



3. Widerstände gegen das DCFTA

Das DCFTA wird in der öffentlichen Debatte zum Teil stark emotional diskutiert. Tunesien kritisiert fehlende Wirkungsanalysen, ohne die Effekte einer Liberalisierung nicht erkennbar und daher Verhandlungen

nicht sinnvoll seien. Bestehenden Studien, wie sie die EU bei jedem Abkommen verpflichtend als „sustainable impact assessments“ (SIAs) durchführen lässt, wird fehlende Objektivität vorgeworfen.

Basierend auf einer umfassenden Literaturrecherche konnten insgesamt 43 abgeschlossene Studien identifiziert werden, die sich mit dem Thema DCFTA befassen.

Basierend auf einer umfassenden Literaturrecherche konnten insgesamt 43 abgeschlossene Studien identifiziert werden, die sich mit dem

Thema Handelsliberalisierung bzw. DCFTA befassen. Drei weitere sind noch nicht abgeschlossen oder pausieren. Ungefähr bei der Hälfte dieser Studien sind tunesische Wissenschaftler beteiligt.

Zehn Studien analysieren gezielt das DCFTA, die verbleibenden befassen sich im weiteren Sinne mit dem Effekt einer Liberalisierung

des Agrarsektors. Es zeigt sich jedoch, dass ökonomische Wirkungen dominieren und aber die für Tunesien wichtigen ökologischen und sozialen Wirkungen eines Abkommens bislang tatsächlich wenig abgedeckt werden. Die Bereiche Versorgungssicherung und Beschäftigung Jugendlicher werden gar nicht betrachtet, was auch an den methodischen Grenzen der typischen quantitativen Wirkungsanalysen von Handelsabkommen liegt.

Politikoptionen und Empfehlungen

Politikoptionen und Empfehlungen können sowohl die Europäische Ebene direkt betreffen oder aber eine Unterstützung tunesischer Politik erfassen. Zudem sind unmittelbare handelspolitische Ansätze oder entwicklungspolitische Maßnahmen möglich.

(A) Optionen im Rahmen des DCFTA

Es bestehen Optionen, die einen Beitrag zu den Verhandlungen bieten können, wie etwa die ganz konkrete handelspolitische Erweiterung von Quoten, sowie die Bereitstellung von relevanten Informationen.

(a) EU-Zugang für tunesisches Olivenöl und gemeinsames Pilotprojekt zur Quotenverwaltung

Ebene: EU Handelspolitik

Für Olivenöl hat Tunesien immer wieder eine Quotenerhöhung gefordert, obwohl zollfreier Zugang zum EU-Markt alternativ auch über die aktive Veredelung möglich ist (s. Box). Wegen des Symbolcharakters von Olivenöl könnte eine zusätzliche individuelle Quote entweder für in Flaschen abgefülltes konventionelles Olivenöl, oder auch für biologisch produziertes Olivenöl angeboten werden. Hierdurch würde ein Wirtschaftsbereich gestärkt, welcher einen hohen Symbolcharakter hat, gleichzeitig aber auch großes Beschäftigungspotenzial und eine hohe Wertschöpfung aufweist. Das macht ihn für die tunesische Politik besonders attraktiv.

Ebene: Tunesische Agrar- und Handelspolitik

Generell könnte auch die Quotenabwicklung erleichtert werden – hierzu ist eine Analyse der konkreten Wirkung für die beteiligten Akteure



notwendig. Für konventionelles Olivenöl hat die nationale Olivenölbehörde (Office Nationale d'Huile, ONH) das Exportmonopol. Biologisch produziertes Olivenöl dagegen kann von privatwirtschaftlichen Einzelunternehmen ausgeführt werden.

Ein gemeinsam zu definierendes Projekt der EU und/oder Deutschlands mit Tunesien könnte erfassen, wer an welcher Stelle der Wertschöpfung von der angebotsverknappenden Quote profitiert (Rente), wie offen die Beteiligung jenseits des Monopols für Bio-Olivenöl ist und wie hoch die Abwicklungskosten sind. Ein solches gemeinsames Pilotprojekt könnte auch zu dem WTO-Anliegen beitragen, welches 2013 in Bali zur generellen Quotenerleichterung beschlossen wurde: Ziel war der Aufbau eines Monitoringsystems, welches Ausschöpfungsgrade von Quoten erfasst, sowie beteiligte Akteure und bestehende Erschwernisse identifizieren kann.

(b) Wissenschaftlicher Beitrag zur öffentlichen Debatte

Eine faktenbasierte Grundlage ist für eine transparente öffentliche Debatte entscheidend. Die bisherigen Studien bieten bereits eine gute Grundlage – dabei gibt es an einigen Stellen noch deutliches Verbesserungspotential.

Es bleibt zu bedenken, dass bestehende Studien kaum eindeutige Wirkungen aufzeigen. Daher können Wirkungsanalysen nie die alleinige Entscheidungsbasis dafür sein, ein Abkommen zu verhandeln.

Ebene: EU-Handelspolitik

Die bislang fehlenden oder wenig abgedeckten sozialen und ökologischen Dimensionen sollten erfasst werden. Tunesische Akteure sind bei einigen Studien bereits involviert, eine stärkere Einbeziehung und Teilnahme wäre aber wünschenswert. Sie sollten vor allem eine aktivere Rolle bei der Bewertung tatsächlich relevanter Abkommensinhalte spielen, etwa bei der spezifischen Ausdehnung einzelner Quoten.

Die Verhandlungen sollten zudem von einem kontinuierlichen öffentlichen Diskurs begleitet werden. Nach Abschluss der Verhandlungen wäre eine Wirkungsanalyse anzustreben, da sich tatsächlich eingetretene negative Effekte nur so umfassend erfassen lassen und entsprechend aufgefangen werden können.

Ebene: Tunesische Handelspolitik

Der öffentliche Diskurs von möglichen Wirkungen eines DCFTAs unter Teilnahme tunesischer Wissenschaftler sollte ermöglicht werden.

(B) Optionen jenseits des Handelsabkommens:

Die Wahlen 2019 des Präsidenten und des Parlaments führten in Tunesien dazu, dass die Verhandlungen mit der EU ins Stocken gerieten. Ihre weitere Verschiebung, oder das Aussetzen, ist eine grundsätzliche Option, um auf fortdauernde Widerstände oder Unsicherheit über die genaue Positionierung der Akteure nach der Wahl zu reagieren. Diese Möglichkeit sollte offen diskutiert werden. Eine andere Möglichkeit wäre, unabhängig von Verhandlungen, den Fokus auf privatwirtschaftliche Kooperationen oder technische Vereinbarungen zu legen, für die es schon politische Rahmen gibt:

(a) Der Biosektor

Der attraktive und wachsende Biomarkt innerhalb der EU, aber auch in anderen Staaten wie China und den USA, bietet Potenzial für die tendenziell extensive tunesische Landwirtschaft.

Ebene: Tunesische Agrar- und Handelspolitik

Das bereits bestehende Äquivalenzabkommen mit der EU sollte besser ausgeschöpft werden. Um das zu erreichen, müssen bestehende Hemmnisse gemeinsam mit Tunesien identifiziert werden.

Die Wahlen 2019 des Präsidenten und des Parlaments führten in Tunesien dazu, dass die Verhandlungen mit der EU ins Stocken gerieten.

Ebene: EU-Handelspolitik

Verbesserungen für mehr Wertschöpfung auch in der Weiterverarbeitung von Bioprodukten sollten unterstützt werden. Hierzu sind flexible Herkunftsregeln zu überlegen, damit Zollpräferenzen genutzt werden können. Der Privatsektor sollte eingebunden werden, um konkrete Anforderungen an Qualitäten zu identifizieren.

(b) Umfassende Konzepte für den ländlichen Raum



Ebene: EU Entwicklungspolitik

Für die EU sind entwicklungspolitische Maßnahmen zu bedenken, die einen Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum leisten können. Aus europäischer Sicht hätte dies den Vorteil, dass anders als bei einer Marktöffnung, etwa für Olivenöl, weniger EU-interne Konflikte durch Konkurrenz mit südeuropäischen Anbietern verursacht werden. In diese Richtung könnten daher tunesische Agrarreformen begleitet werden. Auch Wissensvermittlung zur Wirkung von

Subventionen und europäische Erfahrungen mit umfassenden Ansätzen im ländlichen Raum unter Einbindung lokaler Akteure können eingebracht werden. So wird der entsprechend gestaltete Leader-Ansatz im ländlichen Raum der EU auch bereits in der „EU Task Force Rural Africa“ als eine Empfehlung vorgeschlagen.

(C) Perspektivisch denken: die Zukunft der Afrikanischen Freihandelszonen begleiten

Tunesien kann als Verbindungsstelle zu Afrika auch handelspolitisch einen Hub bilden, um perspektivisch eine Freihandelszone zwischen der EU und Afrika (EU-African Continental Free Trade Area) anzuvisionieren. EU-Kommissionspräsident Juncker hat diese Vision 2018 in seiner Rede zur Lage der Union zumindest generell thematisiert, auch wenn sie eher eine langfristige Vision ist, der noch konkrete Arbeitsschritte folgen müssen. Gerade weil der nordafrikanische Handel weltweit und auch innerhalb Afrikas die geringste Regionalisierung aufweist, sollte die regionale Integration weiter unterstützt werden.


Auch vor dem Hintergrund, dass die EU mit Tunesien, anders als mit anderen afrikanischen Staaten, ein bilaterales und kein regionales Abkommen hat und derzeit das DCFTA ebenfalls bilateral verhandelt. Daher muss die anvisierte spätere Regionalisierung unterstützt werden.

Ebene: Koordinierte EU- und tunesische Handelspolitik

Um die regionale Ausrichtung in Nordafrika zu stärken, könnten bestehende Kooperationsansätze Tunesiens mit anderen afrikanischen Staaten unterstützt werden. In Frage käme etwa das von der tunesischen Regierung mitfinanzierte Pilotprogramm „Taste Tunisia“, das ausgewählte private Lebensmittelunternehmen beim Handel mit den afrikanischen Partnerländern Kamerun, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Kenia und Nigeria unterstützt. Auch die bislang geringe Umsetzung von regionalen Vereinbarungen wie das Agadir-Abkommen könnte durch Dialogformate zwischen den beteiligten Staaten gestärkt werden, um Regionalisierung zu fördern. Es sollten gemeinschaftliche Plattformen und Gremien genutzt werden, wie sie die Task Force „Rural Africa“ der EU-Kommission bereits für Afrika anbietet, aber bislang meist nur explizit für Subsahara Afrika und nicht für Nordafrika ausdrückte. Behördenpartnerschaften zwischen Tunesien und der EU (sog. Twinning-Ansätze) könnten in gezielt ausgewählten Bereichen diesen Prozess unterstützen. Voraussetzung dafür ist aber, dass Tunesien sich aktiv darum bemühen und auch selbst die infrage kommenden Schwerpunkte eines Austauschs definieren muss.

ZUSAMMENFASSEND KÖNNEN FOLGENDE POLITIKEMPFEHLUNGEN GEGEBEN WERDEN:

- Wirkungsanalysen mit tunesischer Beteiligung und öffentlichem Diskurs durchführen
- Zusätzliche Olivenölquote für Bioolivenöl und Flaschenolivenöl verhandeln und gemeinsames Pilotprojekt als Beitrag zum WTO-Monitoring auf den Weg bringen
- Biosektor stärken und den Privatsektor beraten
- Umfassende Strategien für den ländlichen Raum begleiten und EU-Erfahrungen einbringen
- Zukunftsperspektive der afrikanischen Freihandelszone begleiten



Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 36 + 40
53113 Bonn, Deutschland
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1 - 5
65760 Eschborn, Deutschland
T +49 61 96 79-0
F +49 61 96 79-11 15

E info@giz.de
I www.giz.de